



ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten

am 23. Mai 2023

Klagenfurt, 02. Mai 2023

Bevorzugung von IT-Riesen von den Bildungseinrichtungen fernhalten: Monopol für SAP im Bildungsministerium abschaffen!

In der Rechtsvorschrift für Lehrpläne – Handelsakademie und Handelsschule, Fassung vom 30.04.2023, Gesetzesnummer=10008944 werden Case Studies, bzw. Übungsfirmen unter dem Einsatz von ERP-Systemen vorgeschrieben. Im gleichen Gesetzestext wird SAP als proprietärer Anbieter explizit erwähnt. Dementsprechend findet in Österreich an 76 Handelsakademien und Handelsschulen praktischer Unterricht mit SAP statt.

Die Software wird von SAP für Schulzwecke kostenfrei zur Verfügung gestellt. Das BMBWF übernimmt die Kosten für die Erstellung der Lernszenarien und das Hosting für die Bundesschulen.

Ein ähnliches Programm startete Microsoft in den 2000er Jahren. Das Projekt hieß „Schlaumäuse“ und Kindergärten wurden Hard- und Software sowie Werbemittel zur Verfügung gestellt, damit Kleinkinder den Umgang mit Microsoft-Software erlernen konnten.

Bis zum heutigen Tag ist die umfassende Entwicklungsumgebung von Microsoft für Schüler:innen und Studierende frei verwendbar. Das Office-Paket dieses Anbieters ist für Schüler:innen und Studierende sowie für gemeinnützige Vereine sehr günstig zu erwerben, bzw. sogar unentgeltlich einsetzbar.

Das dahinter eine Strategie steckt, ist nicht zu leugnen, das Beispiel SAP treibt es aber auf die Spitze. Eine bessere Werbung als von Schüler:innen eingesetzt zu werden und sogar im Gesetzestext explizit genannt zu werden, kann sich eine Firma kaum kaufen. Problematisch dabei, dass etliche andere, sogar in Österreich produzierte vergleichbare Systeme auf den großen Vorteil verzichten von Schüler:innen aus 76 Handelsakademien und Handelsschulen verwendet zu werden.

Godesys, Everbill, ERP-Solution GmbH sowie A-Trust sind nur einige von vielen Österreichischen Anbietern von ERP-Systemen, die so einen Nachteil erleiden.

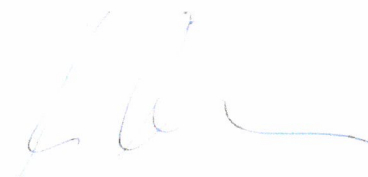
Nachdem es nicht möglich sein wird, sämtliche ERP-Hersteller aus Österreich im Gesetzestext zu nennen, die ihre Software für HAK und Hasch gratis zur Verfügung stellen würden, wäre es nur fair den Namen des deutschen Branchenriesens SAP aus der Rechtsvorschrift zu entfernen und weiters wäre es eine Unterstützung heimischer Anbieter, wenn das BMBWF die Kosten zur Erstellung von Testszenarien für sämtliche Anbieter aus Österreich, sofern sie von einer HAK gewählt werden, übernommen werden.

Der SWV stellt daher folgenden Antrag, und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer Kärnten möge diesen Antrag auf Bundesebene unterstützen und sich mit ihren Organen dafür einsetzen, dass der Nationalrat und das zuständige Ministerium diese Bevorzugung wenigstens überdenken, aber zumindest dazu Stellung nehmen können.



KommR Alfred Trey
Vizepräsident der
Wirtschaftskammer Kärnten



DI Dr. Horst Kandutsch
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Kärnten